

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII 240

Bonn, den 18. Dezember 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1-2	<u>Bürgerbeauftragte?</u>	83

Nicht jedes Beispiel ist nachahmenswert

Von Hermann Schmitt-Vockenhausen, MdB
Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

3-4	<u>Hundertjährige Fachschule mit modernem Programm</u>	95
-----	--	----

Fröbelseminar - vorbildlich für die Bundesrepublik
von Oberschulrätin Julia Klages, Hamburg

5-6	<u>De Gaulles Militärreform</u>	64
-----	---------------------------------	----

Das große Fragezeichen für die NATO
Von Georg Scheuer, Paris

* * *

Bitte beachten Sie die neue Anschrift:

53 Bonn 9, Heussallee 2-10, Pressehaus I

Bürgerbeauftragte?

Nicht jedes Beispiel ist nachahmenswert

Von Hermann Schmitt-Vockenhausen, MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Presse, Rundfunk und Fernsehen befassen sich immer wieder mit Mängeln oder offenkundigen Fehlentscheidungen der öffentlichen Verwaltung. Von vielen Seiten wird dann als Echo auf solche Berichte die Forderung nach einem "Beauftragten für die öffentliche Verwaltung" - ähnlich dem Wehrbeauftragten - erhoben. Von diesem Bürgerbeauftragten, dem schwedischen Ombudsman, erhofft man sich die Lösung aller Probleme und Schwierigkeiten, die sich zwischen Bürgern und Verwaltung ergeben können. Und warum schließlich sollte es bei einem Ombudsman bleiben, wenn - wie der Innenminister eines deutschen Bundeslandes kürzlich meinte - es je einen solchen Bürgerbeauftragten für den staatlichen und einen für den kommunalen Bereich geben könnte. Es scheint, die Patentlösung ist schon gefunden.

Verständlicherweise begeistert man sich zunächst einmal für alles, was sich in anderen Ländern bewährt hat. Auch ich habe ernsthaft überlegt, ob neben dem Wehrbeauftragten nicht auch für den zivilen Bereich ein Ombudsmann eingesetzt werden sollte, zumal sich trotz personeller Mängel und Schwierigkeiten der Wehrbeauftragte als Institution offensichtlich bewährt hat und viele Konflikte, die sich aus den besonderen Bedingungen ergeben, die eine Armee nun einmal mit sich bringt, gelöst werden konnten.

Ich will hier nicht im einzelnen auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in Schweden und in der Bundesrepublik eingehen; sie werden weitgehend bekannt sein. Nur so viel sei gesagt: Bei uns liegt eine der Hauptschwierigkeiten darin, daß die Verwaltung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgefächert ist. Bevor man nun neue Institutionen schafft, sollte man aber lieber überlegen, ob nicht die bereits vorhandenen Institutionen zum gleichen Zweck besser genutzt werden könnten. Es gibt hier die Rechtsauskunftsstellen bei den Gerichten und bei allen öffentlichen Verwaltungen, es gibt selbstverständlich die Möglichkeit, die Verwaltungsgerichte anzurufen und es gibt schließlich die Petitionsausschüsse.

Unbestreitbar ist leider, daß wir in der Verwaltungsgerichtsbarkeit mehrere Instanzen und lange Fristen haben. Auf dem Weg zum Rechtsstaat sind wir in manchen Bereichen beim "Rechtsmittelstaat" stehen geblieben. Das ist keine Freude für den Bürger, der Anlaß hat zu glauben, daß ihn die Verwaltung ungerecht behandelt hat; zudem schaut man sich oft, den Rechtsweg zu gehen, weil man sich weder über die Prozeßkosten noch über die Prozeßaussichten ein klares Bild machen kann. Noch eins kommt hinzu: die Tatsache, daß in der Verwaltungsgerichtsbarkeit der Vertreter des öffentlichen Interesses in erster Linie auch die Rechte des Staatsbürgers zu wahren hat, ist leider noch nicht in das allgemeine Bewußtsein eingedrungen.

Von den Rechtsauskunftsstellen wird Gebrauch gemacht, doch sollte man überlegen, wie man den Bürger noch besser über diese Möglichkeit

informieren könnte. Vor allem die Finanzverwaltung könnte hier durch Beratungsetellen für Steuerfragen manches tun. Wie dem auch sei: im Obrigkeitsstaat konnte man sich mit einer Petition an den Monarchen wenden und wenn man Glück hatte und der Monarch guter Laune war, so half er. Heute haben wir - von Glück und Zufall unabhängig - das Petitionsrecht. Aus Gründen, an denen auch die Parlamentarier eine gewisse Mitschuld tragen, ist es leider nicht so allgemein bekannt, wie das wünschenswert wäre. Und trotzdem sind die Petitionsausschüsse mit tausenden von Eingaben überlastet und kämpfen gegen eine kaum zu bewältigende Papierflut an. Die Verwaltung wird zunächst um eine Stellungnahme gebeten - was natürlich auch seine Zeit braucht - und in vielen Fällen bekommt der Petent dann mit dem anderen Briefkopf die frühere Entscheidung der Verwaltung noch einmal mitgeteilt. Trotz alledem können die Petitionsausschüsse in vielen Fällen wirksame Hilfe leisten. Der personelle Ausbau der Petitionsausschüsse könnte somit sicher mit weitaus geringeren Kosten für den Steuerzahler den gleichen Effekt haben wie die Einrichtung des Amtes einer Bürgerbeauftragten. Was noch fehlt und was in vielen Fällen erst die eigentliche Situation (und manchmal auch das eigentliche Anliegen) des Petenten deutlich machen könnte ist die mündliche Verhandlung, der persönliche Vortrag in Rede und und Gegenrede. Die Petitionsausschüsse müssen deshalb einen Weg finden, - falls erforderlich - wichtige Fälle im Gespräch zwischen Petitionsausschuß bzw. Berichterstatter und Petenten zu klären.

Dem Verständnis der Arbeit der Petitionsausschüsse und dem Bewußtsein des Bürgers würde es sicher auch sehr viel helfen, wenn die Petitionsausschüsse in Abständen von einigen Monaten den einen oder anderen wichtigen und interessanten Fall öffentlich vorhandelt würden. - auch vor modernen Massenmedien. Doch nicht nur der Ausbau der Petitionsausschüsse scheint erforderlich, eine bessere Ausstattung der Parlamente insgesamt würde sie befähigen, ihre Kontrollfunktionen mit größerer Wirksamkeit wahrzunehmen. Wenn der Staatsbürger wieder stärker das Gefühl bekommt, daß es einen Sinn hat, sich an die Volksvertretungen zu wenden, und die Parlamente dann auch über entsprechende technische und personelle Möglichkeiten verfügen, Eingaben sorgfältig zu prüfen und entsprechend zu bearbeiten, wird dies nicht nur den oft berufenen Ombudsmann überflüssig machen, sondern auch das Verhältnis zwischen Bürger und Staat in der parlamentarischen Demokratie festigen.

Hundertjährige Fachschule mit modernem Programm

Von Oberschulrätin Julia Klages, Hamburg

Die im Jahre 1860 gegründete Fachschule und höhere Fachschule für Sozialpädagogik in Hamburg, das frühere Fröbelseminar, ist herausgewachsen aus der liberalen Bewegung der 40er Jahre in Deutschland, mit der Fröbel selbst eng verbunden war.

Johanna Goldschmidt, Mitglied des "Hamburger Frauenvereins zur Unterstützung der Armenpflege" lud im Winter 1849/50 Friedrich Fröbel zu einer Vortragsreihe nach Hamburg ein; damit wurde ihm Gelegenheit gegeben, erstmalig auch in unserer Stadt junge Kindergärtnerinnen in Kursen auszubilden. Aus diesen Anfängen entstand am 8. November 1860 der Hamburger Fröbelverein. Dieser gründete im selben Jahr die Ausbildungsstätte für Kindergärtnerinnen "das Fröbelhaus Hamburg", dessen Leitung Johanna Goldschmidt bis 1884 innehatte. Im Jahre 1874 erhielt die Ausbildungsstätte erstmalig ein eigenes Gebäude in der Fröbelstraße/Ecke Grindelallee. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Zahl der ausgebildeten Kindergärtnerinnen bereits 500 überschritten. Im Jahre 1891 stellte die Stadt der Schule das Grundstück in der Bundesstraße zur Verfügung. Das Gebäude wurde in den darauffolgenden Jahren mehrmals erweitert, zuletzt im Jahre 1928 und blieb die Zentrale der Schule bis zum Jahresende 1966. Jetzt ist sie im Neubau Wagnerstraße 60 untergebracht. Für die seit 1958 ständig wachsenden Schülerzahlen hatte das Haus an der Bundesstraße nicht mehr ausgereicht, so daß Nebenstellen in den verschiedensten Schulen der Umgebung eingerichtet werden mußten.

Schon zum Ende des 19. Jahrhunderts wurde ein lebhafter Austausch von Gedanken und Erfahrungen zwischen dem Fröbelhaus, mit anderen Ausbildungsstätten und mit Kreisen der Lehrerschaft gepflegt. Durch die Aktivität der Schule wurde in den 90er Jahren die seit längerer Zeit bestehenden Varteschulen (Einrichtungen für 2-7 jährige Kinder) in Volkskindergärten umgewandelt, damit verband sich gleichzeitig eine bessere pädagogische Durchdringung der frühkindlichen Erziehung im Sinne Fröbels. Um den sich steigernden Anforderungen in der Praxis gerecht werden zu können, erhielt die Ausbildung zur Kindergärtnerin 1895 eine anderthalbjährige und in den zwanziger Jahren eine zweijährige Dauer. Von 1907 bis 1930 hatte Klara Rosenhagen die Leitung der Schule inne. Ihr sind viele pädagogische Impulse, die Modernisierung des Fröbelseminars und damit ein neuer Aufschwung zu Beginn des Jahrhunderts zu verdanken. - Von 1910 ab wurde als Aufnahmebedingung die zehnstufige höhere Mädchenschule gefordert.

Im Jahre 1911 wurden der Schule eigene Kindergärten angegliedert, einer davon besteht noch heute. Inzwischen sind zwei neue entstanden.

Das Fröbelseminar wird staatlich

Den Namen Fröbelseminar erhielt die Schule 1915 und wird zu dem gleichen Zeitpunkt staatlich anerkannt. 1923 wird sie staatliche Ausbildungsstätte. In den zwanziger Jahren werden Verbindungen zu Vertretern der Schulreform unter anderem mit Fritz von Bostel, Georg Kerschsteinert, Paul Hatorp aufgenommen. Die Psychologin Martha Buchow, Assistentin von Professor William Stern, nebenamtliche Lehrkraft des Fröbelseminars, stellte die Verbindung zum psychologischen Institut der Universität her. Kleinkindpädagogik war das gemeinsame Interesse.

Durch die Anforderungen, die die soziale Lage nach dem ersten Weltkrieg und das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz 1922 brachten, wurde es notwendig, die Ausbildung zu erweitern. Die Kindergärtnerin und Hortnerin arbeitet seit dieser Zeit in Einrichtungen für Kleinkinder und für Schulkinder. Das Fröbelseminar entließ im Jahre 1930 zum ersten Mal staatlich geprüfte Jugendleiterinnen.

Im Schuljahr 1933/34 legte Frau Lück ihr Amt nieder, um erst nach dem Zusammenbruch bereits im Sommer 1945 unter den schwierigsten Umständen wieder neu anzufangen. 1948 übernahm Luise Besser, langjährige Vorsitzende des Pestalozzi-Fröbelverbandes, die Leitung. In der Pädagogik und Sozialpädagogik mußte manches nachgeholt werden, was in den 30er Jahren brachgelegen hatte, auch brachte die veränderte gesellschaftliche Struktur nach dem Zweiten Weltkrieg vermehrte und veränderte Aufgaben. In diesem Zusammenhang wurde die Jugendleiterinnenausbildung auf die Dauer von zwei Jahren festgelegt.

Die neue Erzieherausbildung

Im Jahre 1962 begann das Fröbelseminar, das seit 1955 von Dr. Gertrud Justi geleitet wird, als erste Schule in der Bundesrepublik mit der Ausbildung von staatlich anerkannten Erziehern. Diese neue Ausbildung, die die Kindergärtnerinnenausbildung ablöst, soll unter anderem dem empfindlichen Mangel an geschulten Kräften im Bereich der Jugendhilfe abhelfen. Hier ist alles das hineingenommen worden, was sich schon in der letzten Zeit an neuen Entwicklungen in der Kindergärtnerinnenausbildung niedergeschlagen hatte. Trotzdem handelt es sich um etwas Neues: In Verbindung mit einer neuen tariflichen Gestaltung der Laufbahn ist ein Berufsweg geschaffen worden, der mehr zu geben hat als der bisherige. Die Ausbildung ist von der modernen Jugendhilfe, ihren Aufgaben und Methoden her neu durchdacht und erfüllt damit die vielseitigen Aufgaben, die den Berufstätigen von der sozialpädagogischen Arbeit in der heutigen Gesellschaft gestellt werden. Dieser ist unter anderem ein Fächerkatalog, in der Aufnahme von jungen Männern in den Beruf und in der Ausweitung auf die Arbeit mit Jugendlichen ersichtlich. Die Schule hatte sich bisher in einer Größenordnung von etwa 10 bis 12 Kindergärtnerinnenklassen und 2 bis 3 Jugendleiterinnenkursen bewegt und damit zu einer der größten Schulen in der Bundesrepublik gehört. Sie erweiterte sich nun durch die neue Ausbildung mehr und mehr.

Sie ist mit zur Zeit 19 Erzieherklassen in der Fachschule und 7 Semestern in der Höheren Fachschule - im ganzen 546 Schülern und Studierenden - (zu denen noch 205 Berufspraktikanten gezählt werden müssen) die größte Schule dieser Art in der Bundesrepublik.

Seit 1966 werden hier auch die ersten Sozialpädagogen ausgebildet. Die Schule dürfte damit nicht nur die größte, sondern auch eine der modernsten Schulen im Bundesgebiet sein. Als am 12. Dezember 1966 der Neubau in der Wagnerstraße 60 bezogen wurde, erhielt die Schule ihre neue Bezeichnung: Fachschule und Höhere Fachschule für Sozialpädagogik der Freien und Hansestadt Hamburg.

De Gaulles Militärreform

Von Georg Scheuer, Paris

Endgültige Absage an den Atlantikpakt, formeller Austritt spätestens 1969, Aufstellung einer neuen Doktrin der "Rundum-Verteidigung" mit diesen Worten wird in Frankreich der aufsehenerregende Artikel des Oberkommandierenden General Ailleret in der amtlichen "Revue de Defense Nationale" gedeutet. Niemand zweifelt daran, daß Ailleret seinen Artikel mit höchster Billigung schrieb und veröffentlichte.

Für und Wider

In Frankreich selbst ist die Debatte in vollem Gange. Von gaulistischen Seite wird erklärt: Die NATO wurde zur Abwehr einer aus dem Osten kommenden sowjetischen Drohung geschaffen. Diese Drohung besteht heute bis auf weiteres nicht mehr. Damit hat die NATO ihre Existenzberechtigung verloren. Sie ist außerdem ein untaugliches System, weil die europäischen Partner zu Vasallen der Vereinigten Staaten degradiert sind. Demgegenüber ermöglicht eine eigenständige nationale Atomwaffe Frankreichs freie Wahl der Stellungnahme in einem eventuellen Konflikt.

Ein Großteil der öffentlichen Meinung in Frankreich hat jedoch weiterhin den Eindruck, daß Moskau nicht vollkommen inoffensiv geworden ist. (Siehe die sowjetische Intervention im Mittelmeer anlässlich des Nahostkonfliktes.) Man bezweifelt auch die Möglichkeit einer absoluten Ellenbogenfreiheit im Kriegsfall. Abgesehen davon sind Frankreichs atomare Fortschritte trotz aller Anstrengungen noch nicht hervorragend. Zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen feindliche Atomangriffe wurde bis jetzt kaum etwas unternommen.

Alle diese Warnungen und Einwände verhallen aber ungehört im gegenwärtigen Regime. Außen- und Militärpolitik sind ausschließliche Domäne des Staatspräsidenten.

Das Konzept

Ailleret stützt sich voll und ganz auf das vor acht Jahren von General de Gaulle verkündete Konzept. Der General erklärte am 3. November 1959 auf der Ecole Militaire in lapidaren Sätzen:

- * "Frankreichs Landesverteidigung muß französisch sein. Selbst-
- * verständlich wäre sie gegebenenfalls mit der Landesverteidigung

- * anderer Länder verbunden. Das liegt in der Natur der Dinge. Es
- * ist aber unbedingt notwendig, daß Frankreich sich selbst, für
- * sich selbst und auf eigene Weise verteidigt.

Mit diesen Sätzen wurden damals die praktischen Grundlagen für den Aufbau einer französisch-nationalen Atomwaffe gelegt, die "jederzeit und überall" einsetzbar sein soll. De Gaulle: "Da Frankreichs eventuelle Zerstörung von jedem Punkt der Welt erfolgen kann, muß unsere Kraft überall auf der Erde eingesetzt werden können." - Ailleret hat also kein neues Verteidigungssystem vorgeschlagen, sondern nur de Gaulles Konzept bekräftigt. Damit sollen insbesondere innerhalb der französischen Armee verbleibende "konservative Überreste" erschüttert und beseitigt werden.

Die Quintessenz

Das Nachwort sprach dieser Tage ein inspirierter Artikel des gaullistischen Zentralorgans "La Nation", gezeichnet mit zwei Sternchen: Frankreichs öffentliche Meinung begreife "noch nichts von den neuen Bedingungen der Sicherheit und Verteidigung eines Landes wie Frankreich". General Ailleret wird vom Regierungsorgan vollauf getilgt und als Vorläufer gefeiert, weil er schon vor 15 Jahren als Professor einer Kriegsschule den durch das Atom verursachten "strategischen und politischen Umsturz" vorausgesagt habe.

Quintessenz der gaullistischen Militärreform: Über ein Jahrhundert hindurch stand Frankreichs Feind ausschließlich "im Osten". Diese Vorstellung und Einstellung gehört der Geschichte an; Frankreichs Feinde können heute "überall" stehen, weshalb Frankreich "überall" abwehrbereit sein müsse. Als Beispiele nennt man selbstverständlich die Großmächte - USA, Großbritannien, Sowjetunion und demnächst China - mit welchen Frankreich hier seelenruhig verglichen wird. Ebenso wie die Supermächte will Frankreich Superwaffen auf jedem Punkt des Erdballs zum Einsatz in j e g l i c h e Welt- richtung bereithalten: Atom-U-Boote, Langstreckenbomber und Welt- raumgeschosse.